

## Es gibt keinen anderen Weg. Die Devise heißt: **Weiter gewaltfrei!**

*Alle Bürgerinitiativen des Flughafen-umlandes befassen sich in diesen Tagen gründlich mit den Protesten am Flughafen und der darauf verstärkt einsetzenden Kampagne im Fernsehen und der Presse gegen die Startbahngegner. Die Presseerklärung der Bürgerinitiative Mörfelden hat folgenden Wortlaut:*

Am Samstag, 14. 11. 81 haben 150 000 Bürger friedlich in Wiesbaden demonstriert. Am Sonntag, 15. 11. 81 gab es eine Eskalation der Gewalt am Flughafen. Darauf setzte eine ungeheure Hetze gegen die Startbahngegner ein.

Die Medien produzieren „Kriegsberichterstattung“, sie kriminalisieren, diffamieren, entstellen, verleumden mit dem Ergebnis, daß man Teile der Bevölkerung verunsicherte und somit versuchte unseren Widerstand zu schwächen.

Wir stellen fest, daß die Bürgerinitiative keine Gelegenheit haben, ihren Standpunkt in gleicher Weise in den Medien darzulegen.

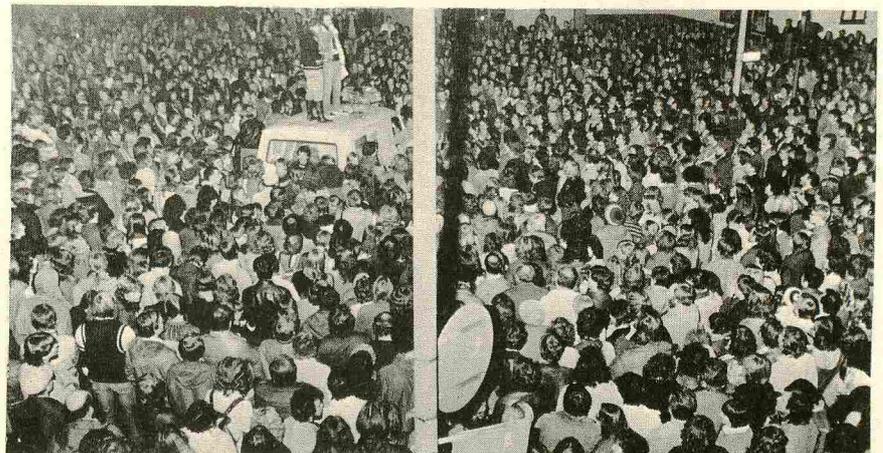
Die Bürgerinitiative Mörfelden bedauert die Eskalation am Flughafen, sie hält es aber unbedingt für notwendig, auf einige Hintergründe hinzuweisen, die „Bild“ aber auch die „Hessenschau“ geflissentlich verschweigen.

- Es gibt einen ungeheuren Zorn und ohnmächtige Wut bei vielen Bürgern der Flughafenregion.
- In Wiesbaden demonstrierten 150 000, wurden über 220 000 Unterschriften abgeliefert und am Abend erklärt der Sprecher der Landesregierung „man sehe keine Veranlassung Stellung zu beziehen“.

- Die Bürger erlebten den Wortbruch des Innenministers, erlebten wie die Landesregierung den Staatsgerichtshof unter Druck setzte und das Volksbegehren als verfassungswidrig bezeichnete.
- Die Bürger erfuhren, wie die FAG und die Landesregierung im Wald irreparable Fakten schafft, indem sie erneut eine riesige Fläche rodet, obwohl über das Volksbegehren noch nicht entschieden wurde.
- Die Bürger sind zornig, weil sie bei der illegalen Hüttendorfräumung die ungeheure Brutalität der Sondereinsatzkommandos erlebten, die Prügelorgien gegen Alt und Jung, die Gas- und Explosionsgranaten, die Wassereinsätze und den Einsatz der Hundestaffeln.
- Die Bürger mußten wochenlang Straßenblockaden hinnehmen, viele Arbeiter machten täglich teure Umwege zu ihren Arbeitsplätzen.

Diese genannten Fakten produzierten Gewalt am Flughafen und an der Mauer im Wald. Die Bürgerinitiative und viele Beobachter der Aktionen am Flughafen berichten von den Knüppelinsätzen der Polizei, die eine zu Beginn friedliche Blockade provozierte, sie hält es außerdem für erwiesen, daß die Polizei an diesem Tage selbst steinwerfende Provokateure einsetzte. Man wollte den Erfolg der Bürgerbewegung vom Samstag zunichte machen. Die Bürgerinitiative versichert Alexander Schubart ihre Solidarität. A. Schubart hat für das Volksbegehren, für die Bewegung gegen die Startbahn West viel geleistet. Die Angriffe gegen ihn sind Kriminalisierungsversuche gegen die gesamte Bürgerbewegung. Die Bürgerinitiative betont erneut: Es gibt keinen Ersatz für eine breite politische Bewegung gegen die Startbahn West.

Wir werden künftig noch mehr als bisher darauf achten, daß gewaltfreie Aktionen stattfinden, die es der Bevölkerung ermöglichen, den Widerstand weiter gemeinsam zu führen.



## Rotstift hier ansetzen!

Aus dem Wiesbadener Innenministerium wurde bekannt, daß für jeden Polizist, der aus anderen Bundesländern an der Startbahn eingesetzt wird, täglich 250 DM bezahlt werden müssen. Gleichzeitig wurde bekannt, daß ständig 6.000 Polizeibeamte zur Bewachung der FAG-Baustelle im Einsatz sind, davon 4.000 aus anderen Bundesländern. Die täglichen Kosten dieses Einsatzes beliefen sich auf 1,5 Millionen Mark (offensichtlich entstehen diese Kosten aus den Einsatzkosten für 6.000 Polizisten mal täglich 250 Mark).

Wenn wir davon ausgehen, daß eine Stunde Einsatz mindestens 50 DM an Bruttolohnkosten je Beamten erfordert und dies mit einem 12-Stundeneinsatz multipliziert, dann entstehen je Tag und Polizist 600 Mark. Das sind bei 6.000 Polizisten 3.600.000 Mark, also 3,6 Millionen Mark täglich.

Dies sind aber nur die Kosten des Einsatzes, nicht die Lohnkosten und nicht alle Kosten für das technische Gerät und die Beamten, die außerhalb der Baustelle noch für diesen Einsatz Dienst machen müssen.

Obwohl zeitweise bis zu 12.000 Polizisten in 20 Stundeneinsätzen eingesetzt waren, rechnen wir nur diese 6.000. Für die Zeit vom 6. Oktober bis zum 14. November, also 38 Tage mal 3,6 Millionen Mark, ergibt das 136,8 Millionen Mark. Dazu kommen noch die obengenannten Einsatzkosten von 1,5 Millionen Mark täglich für diese Zeit in Höhe von 57 Mill. Mark. Hier könnten also mit dem Rotstift in einem Monat sage und schreibe 193,8 Mill. Mark gespart werden.

## Solidarität und Proteste

Unzählige Solidaritätsaktionen und Erklärungen gab es in den letzten Tagen, Wochen und Monaten für die Bürgerbewegung gegen die Startbahn-West, aus Kirchen, Gewerkschaften, Vereinen, Bürgerinitiativen, Jugendverbänden und Parteien, von Künstlern, Schriftstellern, Wissenschaftlern und vielen anderen. Stellvertretend dokumentieren wir hier einen Brief der Vertrauenskörperlleitung und der Betriebsräte der IG Metall bei der Adam Opel AG, die sich in vorangegangenen Erklärungen schon mehrfach gegen den Bau der Startbahn-West ausgesprochen hatten. Dieses Schreiben richteten sie an den hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner anläßlich der jüngsten Polizeiaktionen gegen Startbahngegner:

*Mit Entsetzen beobachten die IG-Metall-Betriebsräte und die Vertrauenskörperlleitung die Ausschreitungen der Polizei, die im Anschluß an die Räumung des Hüttendorfes erfolgte.*

*Gerade weil wir uns von Gewalt auf allen Ebenen distanzieren, nehmen wir für uns das demokratische Recht gegen die maßlosen und sinnlosen Polizeiübergriffe zu protestieren. Wir verurteilen diese Vorgehensweise auf das Schärfste. Es hätte einer demokratisch gewählten Regierung gut angestanden, nicht den Befehl zu überfallähnlichen Angriffen auf Demonstranten zu geben und durch die Kollegen der Polizei politische Konflikte austragen zu lassen.*

*Wir halten es gerade von einer mehrheitlich sozialdemokratisch geführten Regierung für unwürdig, daß durch solche Aktionen, das durch die hessische Verfassung verbiefte Recht auf Volksentscheid mit Füßen getreten wird.*

## Dreggers Absicht

Die CDU, allen voran Alfred Dregger, verlangt von der Landesregierung, sie solle am Frankfurter Flughafen klar durchgreifen und ihr Konzept des Baus der Startbahn-West endlich verwirklichen.

„Welche schlappen Typen“ — spricht es aus jedem Dregger-Kommentar zum Flughafen. Anscheinend hat das seine Wirkung auf die Börners in der Koalition. Denn sie versichern diesem Scharfmacher Dregger, wo er es immer herausfordert, wie entschlossen, handlungsbereit und energisch sie sind. Dabei übersehen die Wiesbadener Regierungsvertreter allerdings die hinterhältige Absicht der CDU völlig.

Dregger kann es nur Recht sein, wenn Börner und Gries draufschlagen lassen. Je mehr dieses SPD/FDP-Gespann auf der Startbahn beharrt und auf den Polizeiknüppel setzt — umso größer ist die Schar der Wähler, die der Koalition davonlaufen. Dregger erhofft, aus dieser massenhaften Enttäuschung einen Wahlsieg der CDU 1982 bei den hessischen Landtagswahlen herauschlagen zu können.

Diese Rechnung hat er allerdings ohne die linken, demokratischen Kräfte gemacht, die heute in vielen außerparlamentarischen Aktionen gemeinsam

handeln. Den Koalitionsparteien davonlaufen, heißt nicht automatisch der CDU zulaufen. In Hessen wächst eine linke Gegenmacht, an der sich auch eine CDU die Zähne ausbeißen wird. Ellen Weber



## Bulldozer gegen Bücher

In der Dorfbücherei gab es schätzungsweise 600 Bände, dabei die Spenden von Verlegern anlässlich der diesjährigen Buchmesse.

Als am Mittwoch (4.11.) gegen 9 Uhr im städtischen Bauhof in Mörfelden mit einem großen Polizeiaufgebot die abgebaute Hüttenkirche und einige persönliche Utensilien abgeliefert wurden, fehlten die Bücher.

Mit einigem Nachdruck konnte ich anschließend erreichen, daß man mich mit einer Polizei-Eskorte ins ehemalige Hütendorf führte, um nach den Büchern zu forschen.

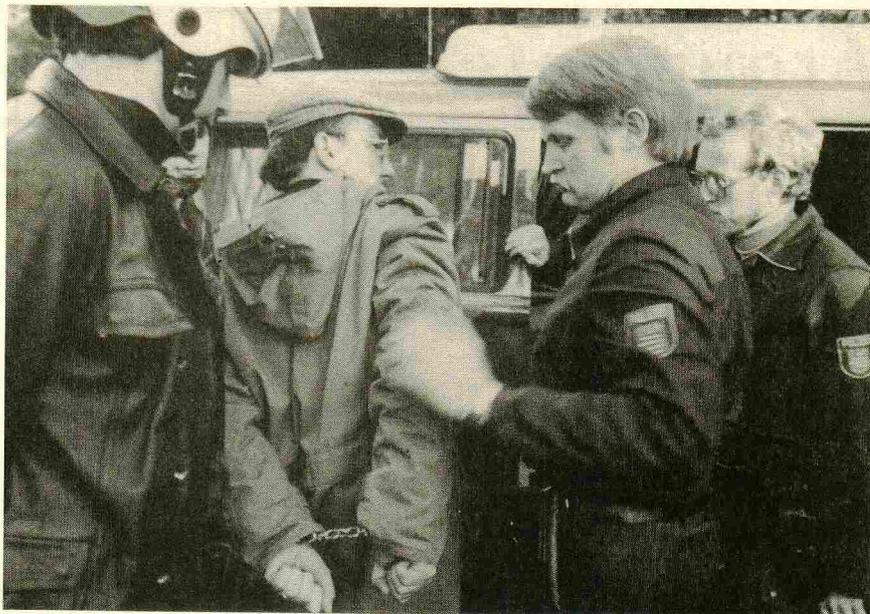
Aber da gab es nichts mehr.

Zerstörung, gefällt Bäume, Rauch, Dreck, verbrannte Erde. Die Bücherei niedergewalzt. Von den wertvollen Beständen keine Spur. Wahrscheinlich wurde alles in den Morast des Waldbodens gestampft.

Wer das erlebte, wird nachdenklich. Ist das nicht auch „Gewalt gegen Sachen?“ — und hatten wir nicht schon einmal so etwas ähnliches?

## Was ist ihnen die Verfassung wert?

Viele Ereignisse in der Vergangenheit deuteten schon darauf hin: Die Hessische Verfassung ist der Landesregierung das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt ist. Der Verfassungsbruch steht seit langem auf der Tagesordnung. Das war so beim Artikel 11, der jedem Bürger unabhängig von Weltanschauung,



In Handschellen. DKP-Stadtverordneter Rudi Hechler aus Mörfelden ging am 7.11. während der gewaltfreien Aktion mit dem Megaphon mit über den Zaun. Nachdem er pausenlos auf die jungen Polizisten einsprach, wurde er „abgegriffen“.

Politik und Religion die Freiheit des Berufes garantiert. Dennoch gibt es seit 1972 die Praxis der Berufsverbote gegen Lehrer, Postbeamte und Wissenschaftler.

Das war so bei den Arbeitskämpfen, als die Unternehmer die Arbeiter einfach aussperrten, obwohl die Hessische Verfassung Aussperrung ausdrücklich verbietet.

Das ist so, jetzt bei der Haltung der Landesregierung zum Volksbegehren.

Was geht uns die Verfassung an — so denken Börner und Gries. Obwohl über 220.000 hessische Bürger ihre Unterschrift gaben und das Volksbegehren eingeleitet wurde, glaubt man in Wiesbaden, den Willen des Volkes übergehen zu können. Da kann es nur eine Antwort geben: Widerstand ist die erste Bürgerpflicht.

## Nato-Interessen

Der frühere Hamburger SPD-Bürgermeister Klose, sagte am Samstag (14.11.) — wie der Hessische Rundfunk meldete — vor Schweizer Sozialdemokraten in Basel, nach seiner Ansicht resultiere das hartnäckige Festhalten der hessischen Regierung am Ausbau des Frankfurter Flughafens, „möglicherweise nicht ganz aus freien Stücken“. Er stütze seine Ansicht auf die Tatsache, daß die in der BRD stationierten amerikanischen Streitkräfte, Teile des Rhein-Main-Flughafens für militärische Zwecke beanspruchen. Er erinnerte an „Spannungsfälle“, wie zuletzt bei der Ermordung des ägyptischen Staatspräsidenten Sadat, wo die US-Truppen in Alarmbereitschaft versetzt wurden und den Frankfurter Flughafen besonders intensiv nutzten.

## Wut

Dieser Tage betrachteten wir ältere Fotos vom Hütendorf, von den großen Bäumen, den alten Eichen. Im Bild sahen wir nochmal die Tafel der Mörfelder Jäger, den Stamm der 600jährigen Eiche. Am Sonntag standen wir dann an der Mauer — der Wind piff kalt über das gerodete Gelände, bis zum Taunus ging unser Blick. Und unsere Augen tränkten nicht nur von den Tränengasschwaden, die immer wieder heranwehten. Da spürt man schon, wie einem blinde Wut hochkommt, da versteht man den älteren Mörfelder, der Äste über die Mauer warf.

Eine Frau, die am Vortag die begeisternde, friedfertige Demonstration in Wiesbaden mitgemacht hat, meint: „Was muß eigentlich noch alles passieren — bis etwas passiert!“

Die ohnmächtige Wut der Bürger ist nur zu gut zu verstehen. Und zu verstehen sind auch Aktionen am Flughafen, die der Bürgerbewegung nicht gerade genützt haben.

Trotzdem muß man immer wieder wiederholen: Zorn und ohnmächtige Wut sind schlechte Ratgeber. Wir brauchen unseren kühlen Kopf und Aktionen, die unser Anliegen weit über die Region hinaus verständlich machen.

Familie Rudolf Dötsch

# Argumente - Berichte - Meinungen

## Ein Blitzkrieg gegen die Bürger

„Dreihundert Bäume kann ein Mann am Tag schon schaffen“, meinte ein österreichischer Holzfäller zur Presse. Wer die riesige erneut abgeschlagene Fläche sieht, glaubt dem Mann. Sie sägen wie Wilde. „Nach exakt 13 Sekunden fällt die 20 Meter hohe Fichte“, schreibt die Presse. Man schafft Fakten – täglich! Bäume müssen fallen, damit die Profite der Banken und Konzerne steigen. Da darf man nicht pingelig sein.

Was wir zur Zeit erleben, ist ein Blitzkrieg gegen die Bürger, geführt mit militärischer Planung und Absicherung, im Einsatz sind modernste Polizeiwaffen, aber auch modernstes FAG-Gerät. Die Landtagsparteien, große Teile der Medien, die Justiz unterstützen diesen Feldzug gegen das Volk. Und wenn tatsächlich mal ein Gericht anders entscheidet, dann wird es übergangen, brüskiert. Als das Frankfurter Verwaltungsgericht die Räumung des Hüttendorfes als „unrechtmäßig“ bezeichnete, hatte die Polizei schon „Fakten“ geschaffen. Einen rechtsunsicheren Zustand durch die Entscheidung des Gerichts sieht deshalb Frankfurts Polizeipräsident Gemmer nicht, denn „das ist durch die faktischen Gegebenheiten bereinigt!“. Die Sprache der Schreibtischtäter ist uns nicht unbekannt, und für uns ist die Sache noch lange nicht „bereinigt“. Nichts wird vergessen!

Rudi Hechler



## Mißtrauen

Bei der Sitzung der Landesregierung in Wiesbaden schickte man zeitweilig sogar die Staatssekretäre vor die Tür. Es gilt „oberste Geheimhaltung“. Man will nicht, daß die Startbahn-Gegner noch konkretere Hinweise über die militärischen Hintergründe der Startbahnplanung erhalten. Man will nicht, daß noch mehr bekannt wird über die Pläne der NATO und den Druck, den Bonn und die USA ausüben.

## Steine in die Hand

Vier Mörfelder Bürger, der Heizungsbauer Georg Dammel, der Architekt Ernst Lotz, der Pfarrer Kurt Oeser und der Tankstellenbesitzer Werner Schulmeyer harrten von Montag (2.1.) bis Dienstag 25 Stunden in der belagerten Hüttenkirche aus. Sie erleben von innen, umgeben von vielen tausend Uniformierten, die Einsätze der Polizei, sehen Angst und Weinen, Polizeiübergriffe, Chaos. Georg Dammel berichtete davon, wie man die Presse hinausdrängte, weil man keine Zeugen wollte. Er sah, wie Zivilbeamte erst die Scheiben der Hütten einschlugen und dann, wie im schlechten Krimi, mit gezogenen Pistolen die Türen eintraten. Die Aussagen dieser Zeugen widerlegen Gries und Wallmann, die davon schwafelten, von den Demonstranten sei Gewalt ausgegangen.

Georg Dammel meinte: „... die Polizei sammelte die Flaschen und warf sie nach den Demonstranten, erst dann kamen sie zurückgefliegen“, und er sagte auch aus, daß ein Polizeigruppenführer befahl: „Polizei, Steine in die Hand, fertig zum Werfen.“

Die Tatzeugen, die auch davon berichteten, daß immer wieder Polizisten in Einzelgesprächen meinten, „wir sind ja eigentlich gegen diese Waldzerstörung“, schilderten nüchtern die Überfälle der Polizei-Sonderkommandos: „Wie Raubritter wurde immer wieder aus dem Zaun heraus ausgebrochen – Leute, die sich an Lagerfeuern wärmten, wurden dabei brutal zusammengeschlagen.“

Die vier, die in der Kirche ausharrten, gehören zu denen, die Gries verächtlich als „Vorzeigebürger“ diffamierte. Ihre Aussagen haben Gewicht – was sie erlebt haben, ist nicht mit leichter Hand auf die Seite zu wischen.

## Nachdenkliches

Es passierte während des Fackelzuges der Bürgerinitiative in Mörfelden am 3. November: Ein junger Mann sprach mich an, oder vielmehr, versuchte mich anzusprechen. Er war schwerwiegend sprachbehindert, brauchte minutenlang, um Wörter und Sätze zu bilden. Es erforderte hohe Konzentration, ihn verstehen zu können. Er sei auf seinem Fahrrad von Frankfurt hierhergefahren, um hier mit uns gemeinsam gegen die Startbahn zu protestieren.

Jetzt suche er aber jemanden, der ihn im Auto samt seinem Rad wieder nach Frankfurt bringen können, wegen der Dunkelheit.

Zwei Gedanken kamen mir während dieses Gespräches:

Erstens: Wie hoch steht dieser junge Mann, der trotz seiner Sprachbehinderung mithilft, einer gerechten Sache Gehör zu verschaffen, über dem Minister Gries, der dick und behäbig, mit öligen Worten aus dem Fernseher daherredet. Zweitens: Der Polizeieinsatz kostet täglich ca. 3,6 Millionen DM.

Tausende studierter Gehirne klügeln ständig neue Methoden des Volksbetruges aus. Vernünftig eingesetzt, könnte diese Masse von Geld und Geist dazu beitragen, daß Krankheiten wie die, an der der junge Mann leidet, endgültig besiegt werden.

Alfred J. Arndt, Mörfelden

## Weg vom Fenster

„Wenn die Brüder noch einen Funken Anstand im Leib haben, müßten sie jetzt erklären, wir können die Startbahn nicht gegen die Bürger bauen“, meinte ein Walldorfer bei der Rückfahrt von Wiesbaden im Bus.

Zustimmung war das Echo, aber auch Skepsis, daß Börner, Gries und Dregger überhaupt noch dazu fähig sind. „Da stecken doch vor allem die Amis dahinter“, meinte eine ältere Frau und „da kuschen sie alle“.

Viele solcher Gespräche bei der Heimfahrt waren es wert, mitgeschrieben zu werden. Vor allem auch die immer wieder geäußerte Meinung: „Alle Startbahngegner sollten sich zusammenschließen, dann sind diese Herren im nächsten September nach der Landtagswahl weg vom Fenster.“

# Argumente - Berichte - Meinungen

## Da mach' ich nicht mehr mit!

Montag, 2. November 1981, nachmittags in der Wiesbadener Innenstadt. Ein Mann spielt Violine. Sein Körper bewegt sich in schmerzgefüllter, mitreißender Gestik. Er erzählt in einer Art Sprechgesang von den Ereignissen im Hüttendorf an der Okrifteler Straße. Man sieht ihm an, daß er wohl auch dort gewesen ist, daß er wohl bei dem Überfall der Polizei um 8.15 Uhr morgens mit aus dem Hüttendorf vertrieben wurde. Schnell bildet sich eine große Gruppe Passanten, die ihm interessiert zuhören. Unter ihnen ist auch ein Soldat in Uniform. Auch er hört interessiert zu. Plötzlich setzt er sich mitten in den Kreis, zieht die Jacke seiner Uniform aus und wirft sie zu dem Violin-Spieler hin. Dabei sagt er: „Du hast Recht. Ich will diese Uniform nicht mehr tragen.“ Die Umstehenden klatschen Zustimmung, solidarisieren sich.

## Symbol

Der Mörfelder Hans Kohlhepp war dabei, als die Polizei am Montag (2.11.) früh ins Dorf einfiel. Ohne die offene Tür der Kirche nur zu beachten, schlugen sie die Scheiben ein, berichtete der Zeuge aus Mörfelden. Angesichts dieses Polizei-Vandalismus fragt man sich, wen wohl Gries gemeint hat, als er erklärte, die Polizei sei „klug und besonnen“ vorgegangen. Die Hüttenkirche wurde mittlerweile abgebaut, die Einzelteile liegen nummeriert auf dem Bauhofgelände in Mörfelden. Diese Kirche ist in vielen Monaten zum bundesweit beachteten Symbol des Widerstandes geworden. Ohne das Engagement der Evangelischen Kirche vor Ort hätte die Bürgerbewegung kaum eine solche Bedeutung und Breite erlangt. Allen aktiven Christen, allen, die gekocht, organisiert und informiert, Essen transportiert, Geld gesammelt und trotz aller Widerstände Waldgottesdienste abgehalten haben, gilt der Dank der Bürgerbewegung. Die Hüttenkirche aber — und das meinen auch viele Nichtchristen — sollte sehr bald irgendwo im Wald einen festen Platz erhalten. Ein Ort zur Besinnung und zum Nachdenken, eine Stätte der Mahnung und der Aufforderung, stets gemeinsam zu handeln, wenn die Umwelt, das Leben, der Frieden bedroht sind.

## „Hellwach bleiwe!“

Wann de Traam vom bessere Lewe aafange soll: misse mer allminanner hellwach bleiwe.

Hedi Robitzsch-Klee

Der Langener Mundartdichter Karl Freitag steckte 100,- Mark in ein Couvert und schickte es mit einem Begleitbrief an Rudi Hechler in Mörfelden. Im Brief heißt es u.a.: „Wäre ich nicht über die 85 hinaus, ich stände mit Euch gegen die organisierte Knüppelgarde Schulter an Schulter.“ Karl Freitag, der zusammen mit der DKP-Gemeindevertreterin aus Erzhäusen Hedi Robitzsch-Klee, einer vom Berufsverbot betroffenen Lehrerin, gerade ein neues Mundart-Büchlein herausgegeben hat, schreibt: „Ich hab nur aan Kopp, awwer der waaß, was er will.“

## Erfolg

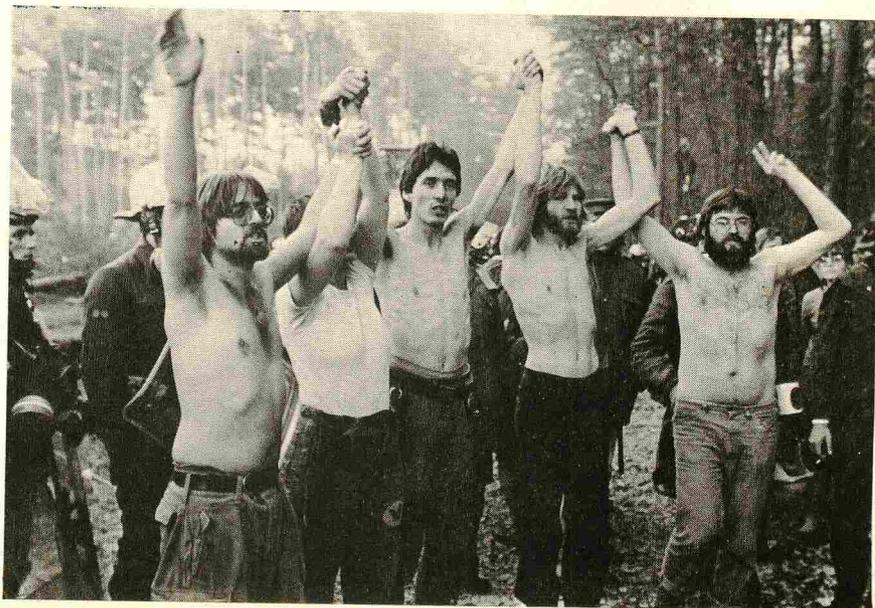
Die ständig wachsende Bürgerbewegung gegen die Startbahn-West errang am Samstag (7.11.) mit der gewaltigen und gewaltfreien Demonstration am Bauplatz einen Erfolg. Zum ersten Mal wurde ein Innenminister gezwungen, bei den Demonstranten zu erscheinen. Gries, der uns wie Börner und Dregger seither nur verleumdete, mußte von seiner Villa in Kronberg kommen, um mit uns zu reden. Dabei hatte er sich noch kurz vorher geweigert, mit „Landfriedensbrechern“ zu verhandeln. Der Druck der Bürger zwang ihn zum Taktieren.

## Staatsgerichtshof

Wer oder was ist das, der hessische Staatsgerichtshof? Das interessierte uns natürlich vor allem wegen der Entscheidung, die die hessische Landesregierung in Sachen Startbahn-West von dieser „unabhängigen Instanz der 3. Gewalt“ erwartet. Als wir bei der Auskunft nach einer Telefon-Nummer des Gerichtes fragten, bekamen wir die Sammel-Nummer der Landesregierung. Und das war kein Versehen. Der Staatsgerichtshof, der im Streit zwischen Landesregierung und Antragstellern des Volksbegehrens entscheiden soll, ist tatsächlich nur über die Telefon-Nummer der Landesregierung zu erreichen. Unabhängig?

## „... die soin net meh zu rette!“

Dienstag abend (10.11.) in einer Mörfelder Kneipe. Aus dem Radio kommt: „Die Hessische Landesregierung bekräftigt ihren Willen zum Bau der Startbahn-West.“ An der Theke: Proteste, Murren, ärgerliche Kommentare. Einer meint: „Die soin jetzt tatsächlich net meh zu rette!“ Diese Meinung verdichtet sich jetzt in den Städten rings um den Flughäfen. Viele denken darüber nach, ob nicht die linken und demokratischen Kräfte auch bei der Landtagswahl gemeinsam die Zähne zeigen sollen. Die Wiesbadener Arroganz verlangt eine Antwort, auch auf diesem Gebiet.



# Zum Haushalt '82

## Rotstiftpolitik

Trotz dem alles überlagernden Thema Flughafen steht die Diskussion um den Haushalt 1982 ins Haus. Er weicht in vieler Hinsicht von Etats der vergangenen Jahre ab. Im Rahmen der allgemeinen Sparwelle in Bund und Land, ist ein Plan vorgelegt worden, der ohne Kredit auskommt. Dafür war es notwendig, den Rotstift anzusetzen. Vorweg sei erwähnt, daß die Grundsteuer B (für bebaute Grundstücke) von 160 auf 170 % steigen soll, ebenso will man die Hundesteuer von 60 auf 96 Mark erhöhen (60 %). Die Abwassergebühr hat man bereits im Laufe des Jahres auf 1,15 DM pro cbm erhöht. Investitionen sind im Jahre 1982 stark beschnitten. Dringend benötigte Dinge wie Sozialeinrichtungen, Straßenbau oder Abwässersanierung sind aufgeschoben worden. Angesichts der hohen Zinsen, ist es laut Magistrat nicht zu vertreten, den Schuldenberg, der sich der 30-Millionen-Marke nähert, zu vergrößern. Man sollt sich aber keine Illusionen machen, daß ein Jahr Sparsamkeit und Enthalttsamkeit in Investitionen den Stadtsäckel wieder füllen. Nicht einmal 1 Million Mark kann trotz Kürzungen in den meisten Haushaltsposten vom Schuldenberg abgetragen werden. Wer gibt sich der Illusion hin, daß im nächsten Jahr die Zinsentwicklung sich grundlegend verändert hat? Wird die angebliche Einsparung durch Investitionsverzicht nicht vielmehr durch Preissteigerungen wieder zunichte gemacht? Muß die öffentliche Hand nicht gerade in der Wirtschaftskrise investieren, um Arbeitsplätze nicht zu gefährden

bzw. die Arbeitslosigkeit zu mildern? Die DKP-Fraktion hat zum Haushalt zahlreiche Anträge eingebracht, die stichwortartig aufgeführt werden:

- Die Weihnachtsbeihilfe an Sozialhilfeempfänger wird von der Stadt übernommen. In der Begründung hierzu heißt es, daß die bisher vom Land Hessen gezahlten Leistungen kein „überflüssiges Geschenk“ waren, sondern eine notwendige Hilfe an bedürftige Menschen, die in unserer Gesellschaft besondere Benachteiligung erfahren.
- Der Haushaltsansatz für Umbauten im Bürgerhaus ist zu erhöhen. Nachdem die Stadtverordneten beschlossen, 1 bis 2 Räume aus der Bürgerhauskonzession herauszunehmen und sie zur Selbstversorgung einzurichten, ähnlich wie in der Stadthalle Walldorf, sollte unserer Meinung nach im zweiten Halbjahr 1982 dieses Projekt in Angriff genommen werden.
- Die Hundesteuer und auch die Grundsteuer B soll auf dem derzeitigen Stand gehalten werden. Der niedrige Stand der Grundsteuer im Vergleich mit anderen Städten ist kein Grund, diesen zu erhöhen. Durch das Angleichen der unteren Gebühren und Steuern an den Durchschnitt schaukelt sich der Durchschnitt immer höher. Die Hundesteuererhöhung ist kein Garant für saubere Wege und Plätze. Schließlich hat der Hund bei vielen Menschen heute, leider, eine soziale Funktion. Auch der Finanzmiserere

der Städte kann hiermit nicht wirkungsvoll begegnet werden.

- Die Reduzierung des Haushaltsansatzes für Maßnahmen der Verwaltung der Jugendzentren ist rückgängig zu machen. Der guten Funktionalität der Jugendzentren kommt angesichts von zunehmender Jugendarbeitslosigkeit, Drogen, Alkoholmißbrauch und Jugendkriminalität erhöhte Bedeutung zu. In Walldorf ist die Einrichtung eines neuen ausreichend großen Jugendzentrums in Angriff zu nehmen. Dieses Thema kann man nicht Jahr für Jahr vor sich her schieben.
- Die Kürzung von 5.000 auf 1.000 DM für Anschaffung von Büchern für ausländische Mitbürger soll rückgängig gemacht werden. Die ausländischen Mitbürger leben, wohnen und arbeiten hier und zahlen ihre Steuern und Abgaben. Sie haben ein Recht darauf, in das soziale Netz eingebunden zu werden.
- Die Gestaltung des Platzes hinter den Sporthallen im Stadtteil Mörfelden sollte bald in Angriff genommen werden.
- Nachdem die Stadt Gelände am Mörfelder Wasserwerk gekauft hat, sollte hier im kommenden Jahr eine Kleingartenanlage entstehen.
- Die Mittel für das Aktionsprogramm gegen die Flughafenerweiterung sind auf dem Niveau des letzten Jahres zu belassen. Wir begründen dies mit dem Kampf, der auch 1982 noch nicht abgeschlossen wird. Wir resignieren nicht und sollten auch im Haushalt den Willen der politischen Kräfte unterstreichen, daß diese grandiose Umweltzerstörung nicht hingenommen wird.
- Die Verfügungsmittel für Bürgermeister, Ersten Stadtrat und Stadtverordnetenvorsteher sollten gekürzt werden. Es ist nach unserer Meinung nicht einsehbar, daß die Verfügungsmittel angesichts der allgemeinen Sparaktivitäten tabu sein sollen.
- Der bisherige Ansatz von 40.000 DM für die Stadterhaltung sollte beibehalten werden. Der Notwendigkeit und Dringlichkeit der Erhaltung und Renovierung alter Bausubstanz soll Rechnung getragen werden. Es muß ständiges und planmäßiges Bemühen der städtischen Gremien sein, das Aussehen und die Erhaltung des Stadtbildes zu bewahren und zu verbessern. Wir wissen, daß es auf diesem Gebiet noch viel zu tun gibt.



- Die Einrichtung einer Kinderkrippe/Krabbel-/Spielstube ist notwendig. Hierzu soll der Magistrat Pläne erarbeiten, die über den zahlenmäßigen Bedarf, die räumlichen Voraussetzungen und die evtl. notwendigen Finanzmittel Antwort geben.
- Im Stadtteil Walldorf ist die Einrichtung eines Kinderhorts erforderlich. Da der Kinderhort in Mörfelden sich gut bewährt hat, die Nachfrage sehr hoch ist und viele Walldorfer Kinder nach Mörfelden gefahren werden müssen, sehen wir eine Dringlichkeit für die weitere Einrichtung eines Kinderhorts gegeben.

„Wir sind arm, obwohl wir reich sind“, mit diesen Bibelworten brachte der Finanzdezernent W. Jourdan den Haushalt ein. Arm sind wir, weil der Schuldenberg und die daraus resultierenden Zinsbelastungen enorm sind, weil die Verteilung der Steuern die Kommunen gegenüber Land und Bund benachteiligen.

„Selig die Armen im Geiste“. Ihnen gehört nicht nur das Himmelreich, sondern auch der Glaube, daß durch ein Jahr des Sparens und Kürzens die finanziellen Dinge unserer Stadt wieder zurechtzurücken seien. „Unverschämt reich“ könnten wir sein, wie es der Kanzler vor ein paar Jahren formulierte, wenn die Steuern zugunsten der Kommunen verteilt würden, wenn nicht jedes Jahr zig Milliarden Mark im wahrsten Sinne des Wortes für die Rüstung verpulvert würden, wenn der Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität wirksam entgegengetreten würde, wenn statt der Sparhaushalte in Stadt, Land und Bund ein Beschäftigungsprogramm getätigt würde, das einen Abbau der Arbeitslosenzahlen bedeutet. Oder ist das kapitalistische System mit seinem Latein am Ende?

## Die „kleinen Leute“ sollen zahlen!

Rotstift-Politik nicht nur in unserer Stadt. Entgegen den zehntausendfachen Protesten aus den Gewerkschaften gegen das rigorose Programm der Sozialdemontage hat die Bundestagsmehrheit von SPD und FDP im Bundestag ihr Rotstiftpaket '82 beschlossen. Im sozialen Bereich wird brutal zusammengestrichen, die Rüstung hat Vorfahrt, die Rahmenbedingungen für die Konzerne werden weiter verbessert. Die wichtigsten Maßnahmen, um die arbeitenden Menschen zu schröpfen, beinhalten:

### Steuererhöhungen

Die Tabak-, Branntwein- und Schaumweinsteuer werden zum 1. Juni 1982 erhöht. Eine Normalpackung Zigaretten verteuert sich dadurch um eine Mark.

### Kindergeld

Ab 1. Januar wird das Kindergeld für das zweite und dritte Kind um 20 DM oder um insgesamt 1,8 Milliarden DM gekürzt.

### Arbeitslosenversicherung

Der Beitragssatz steigt von drei auf vier Prozent. Arbeiter und Unternehmer zahlen jeweils 0,5 Prozent mehr, wobei der Unternehmer die Mehrbelastung auf die Preise abwälzt. Allein durch diese Erhöhung erhöht sich die Belastung für die Arbeiter um knapp drei Milliarden DM jährlich.

### Öffentlicher Dienst

Die Bezüge im öffentlichen Dienst werden um ein Prozent vom 1. März 1982 an gekürzt. Verbunden damit ist die Forderung nach einer dreimonatigen Lohnpause.

### Bundesanstalt für Arbeit

Bei der Nürnberger Bundesanstalt sollen bei Umschulungen etc. 3,6 Milliarden DM gekürzt werden.

### Gesundheitswesen

Die Rezeptgebühr wird um fünfzig Prozent von bisher einer DM auf 1,50 DM erhöht. Die medizinischen Leistungen werden abgebaut und Kuren nur noch alle drei Jahre bewilligt. Die Eigenbeteiligung beim Zahnersatz steigt ebenfalls.

### Ausbildungsförderung

Der Bundeszuschuß zur studentischen Krankenversicherung wird gestrichen, die Förderung für Schüler der Klassen zehn der beruflichen Grundbildung ebenso.

### Unternehmer

Den Unternehmern werden in Form von Steuergeschenken und Abschreibungser-

leichterungen weitere Milliarden als „Investitionsanreize“ zugeschanzt. So wird rückwirkend ab 30. Juli 1981 die degressive Abschreibung für bewegliche Güter (Maschinen) von 25 auf 30 Prozent erhöht. Die Abschreibungsgrenze nach Paragraph 7 b wird ebenfalls rückwirkend ab 30. Juli 1981 um 50.000 auf 200.000 erhöht. Für Zweifamilienhäuser erhöhte sich der Satz auf 250.000 DM.

Nach der Abstimmung im Bundestag bestätigte ein Sprecher der Gewerkschaft ÖTV, Bezirk NRW 1, die in einem Flugblatt getroffene Feststellung: „Jetzt ist Schluß! Wir können und wollen uns diese Unverschämtheiten nicht länger gefallen lassen.“

Während der Bundestagsdebatte räumte der SPD-Haushaltsexperte ein, „daß wir mit dem Streichen, Kürzen und Einschränken von öffentlichen Transferleistungen auch Kaufkraft verringern, dadurch Nachfrage abschwächen und Arbeitsplätze gefährden.“

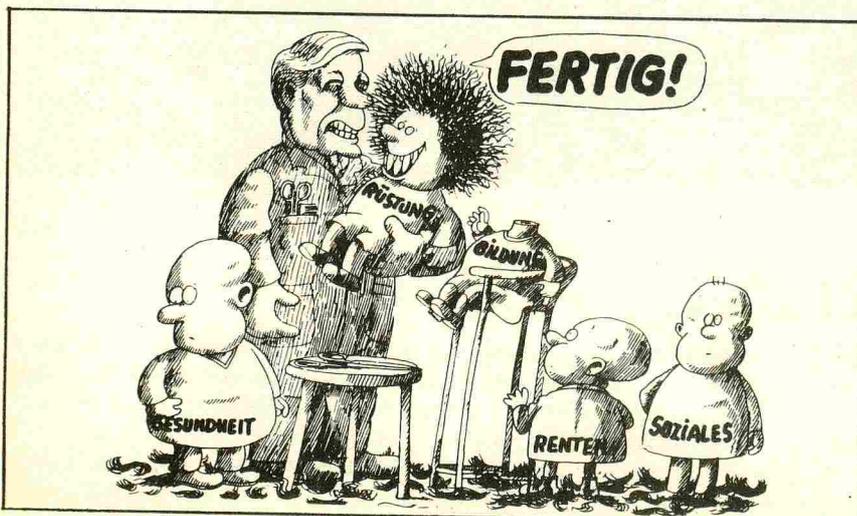
Es sei nicht einfach, „den Arbeitnehmern erklären zu müssen, daß sie reale Einkommensverluste zu erwarten haben, daß wir im Leistungsbereich streichen und den Bürgern höhere Belastungen zumuten müssen, wenn wir andererseits beschließen, steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten erheblich zu verbessern.“

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Coppik stellte fest, daß „das vorliegende Sparprogramm der Bundesregierung beschäftigungspolitisch unwirksam und sozial unausgewogen ist.“

So sollten beim Kindergeld 1,8 Milliarden DM eingespart werden, während gleichzeitig im Haushaltsjahr 1982 allein für das Kampfflugzeug „Tornado“ 3,6 Milliarden DM eingesetzt würden. „Ich halte diese Prioritätensetzung für unververtretbar“, meinte Coppik. Beschäftigungspolitische Impulse seien von diesem Programm nicht zu erwarten, kritisierte der Abgeordnete. Er forderte ein Beschäftigungsprogramm, für dessen Finanzierung es noch „genügend Möglichkeiten“ gäbe: Ergänzungsabgabe für höhere Einkommen, Erhöhung des Einkommensteuersatzes bei Spitzenverdienern, Kürzungen bei Rüstungsprogrammen.

Die CDU/CSU stimmte dem Haushalt '82 deshalb nicht zu, weil sie zum Beispiel bei der Ausbildungsförderung, der Arbeitslosenversicherung und den Sozialhilfeleistungen noch stärkere Abstriche verlangte und für die Unternehmer noch größere Vergünstigungen bei Abschreibungen und Steuern forderte.

Gegen die Kürzung des Kindergeldes stimmten allein die SPD-Abgeordneten Coppik, Hansen, Meinike und Thüsing.

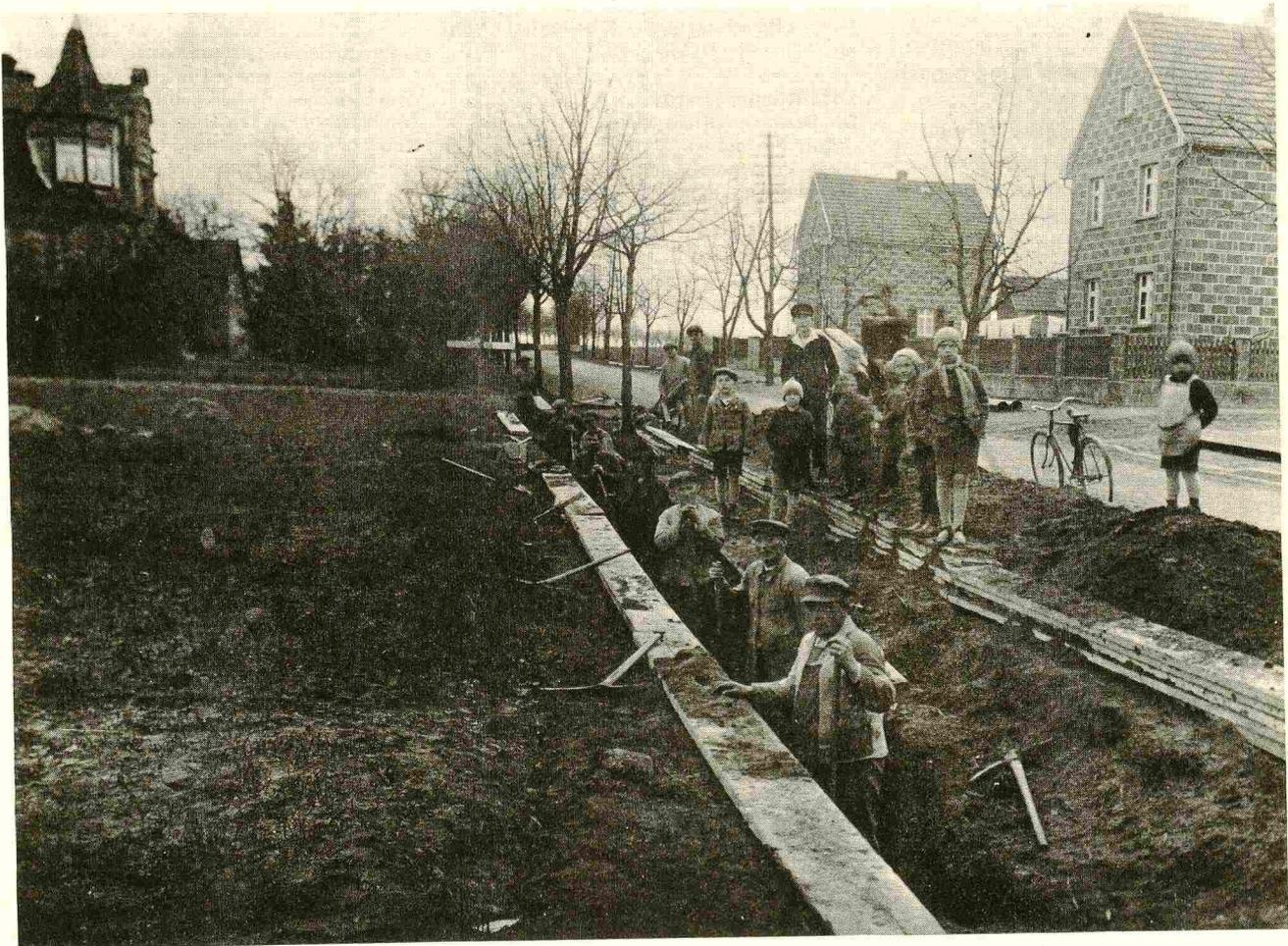


# „Die Russen sind schuld“

Auf der letzten Bürgerversammlung in Walldorf wurde Klage darüber geführt, daß der Grundbach zum Himmel stinke. In der Tat, die Verschmutzung dieses Baches erregt die Gemüter schon seit Jahren, ohne daß etwas zur Sanierung getan worden wäre. Grund der neuerlichen Beschwerden war eine Ölverschmutzung. Die Feuerwehr unserer Stadt mußte ausrücken, um die Ölrückstände zu beseitigen. Herkunft des Öls als auch der allgemeinen Verschmutzung ist zum großen Teil die US-Air-Base. Eine Kläranlage würde fast 50 Millionen Mark kosten, und die Bundesrepublik müsse sie schließlich bezahlen. Doch auf der Hardthöhe (Bonner Verteidigungsministerium)

stellt man sich taub. Für solches will man kein Geld ausgeben. Der CDU-Kreistagsabgeordnete Kubbe meldete sich zu Wort und erläuterte, wie das Problem entstanden ist. Während der Berlin-Blockade bauten die Amerikaner in sechs Wochen die Air Base aus, um die Luftbrücke nach Berlin zu betreiben. Dadurch wurden Abwasserrohre planlos in den Boden verlegt. Durch diese fließen heute noch die Abwässer in den Grundbach. Nun hat es diese Nation fertig gebracht, auf dem Mond zu landen, und vielleicht leben sie auch hinter dem Mond. Uns kann man jedenfalls nicht weismachen, daß die Rohre nicht zu finden seien und diese nicht an ein Klärwerk anzuschließen

wären. Man sollte nicht davon ablenken. Die Verantwortlichen für die Umweltverschmutzung sitzen in Bonn und auf der US-Air Base und nicht in Moskau.



## Mörfelden gestern

Bau der Wasserleitung im Jahre 1928 im Bereich Frankfurter Straße. Mörfelden war noch klein. In diesem Gebiet standen nur einzelne Häuser. Ganz rechts ist das Haus in dem sich jetzt die Gaststätte Nordend (Haus von Bärbel Wendel) befindet. Links, das Haus mit dem Türmchen, war eine Hühnerfarm. Die Mörfelden sagen heute noch „Hinkelsbrut“. Die Frankfurter Straße hatte noch ihre Kirsch- und Lindenbäume, und der Wasserturm stand noch nicht. Die Männer vom Bau, die die Wasserleitung verlegten, mußten sich noch ganz schön plagen. Es wurden noch keine Bagger eingesetzt, wie das heute so üblich ist. Pickel, Hacke und Schippe waren die Werkzeuge.